

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Sämtliche **Kotillongegenstände** sowie Knallbonbons, Masken, Konfetti und Luftschlangen. Kotillonfabrik **Oscar Fischer**, Am See 21, nur I. Etage.

Hauptgeschäftsstelle: Warientraße 35/40.

Bezugs-Geld ...
Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugewiesenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezüge mit der Abgabe eines Bescheides zusammen geschickt. Nachdruck mit besonderer Genehmigung (Text, Bild, Zeichnung) ist nicht zulässig.

Anzeigen-Zeriff.
Anzeige von 10 bis 11 Uhr, Sonntag nur 11 bis 12 Uhr. Für die ersten 10 Zeilen 10 Pf., für die folgenden 8 Pf. ...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Dr. Ziegelroths Sanatorium
Krummhübel im Riesengebirge.
Physikalisch-dietetische Behandlung.
Speziell für Winterkuren eingerichtet.

Kunstaussstellung Emil Richter
Prager Strasse.
Heinrich Vogeler, Worpswede:
Gemälde, Radierungen, Handzeichnungen und Exlibris.

Buchholz-Hüte
bekanntester Güte
nur Wettinerstrasse 21

Reise-Artikel und Lederwaren **Robert Kunze**, Altmarkt-Rathaus Prager Strasse 30.

Für eilige Leser.

Die Ergebnisse der gestrigen Reichstagswahlen befinden sich auf Seite 10.

Wutmaßliche Bitterung: Stwinde, vorwiegend heller, kalt.

Die Reichstagswahl in Dresden ergab Stichwahl zwischen Dr. Heinze und Dr. Gradnauer, gewählt **Aden (Soz.)** und **Dorn (Soz.)**. In Sachsen gewählt: 15 Sozialdemokraten; bei den 8 Stichwahlen beteiligt: 1 Konservativer, 1 Nationalliberaler, 1 Freisinniger.

Bei Verlesung eines Dankschreibens des Prinz-Regenten in der Augustburger Stadtverordneten-Verammlung erhob sich auch die sozialdemokratische Fraktion geschlossen von den Plätzen.

Nach einer Meldung aus Hamburg wurde infolge zunehmenden Eisanges die Elbeschiffahrt vergangen wie talwärts geschlossen.

In Königsberg i. Pr. erlitt ein 70jähriger Schüler im Wahllokale infolge der Aufregung einen Herzschlag und war sofort tot.

Delcassé hat die Neubildung des französischen Kabinetts abgelehnt.

Vorläufige Ergebnisse der Reichstagswahlen.

Die vorläufigen Ergebnisse der gestrigen Wahlen bedeuten für die Sozialdemokratie einen schweren Verlust der nationalen Sache und einen Erfolg der Sozialdemokratie. Wenn auch die sozialistische Siege in Berlin, wo fünf Wahlkreise im ersten Wahlgange von den Sozialdemokraten behauptet worden sind, während im ersten Kreise der Fortschrittler Kampff in die Stichwahl kommt, keine Symptome sind, so ist doch in den übrigen Kreisen eine Zunahme der Sozialdemokratie zu verzeichnen. Der allergrößte Teil der Ergebnisse aus dem Reiche liegt noch nicht vor. Mit besonderer Spannung sieht man natürlich den Nachrichten über die Wahlen der Führer von Heubrand und Wasser mann entgegen. Dr. Dertel wurde in Schleien neugewählt. In Sachsen ist nach den vorliegenden Meldungen den Ordnungsparteien noch nicht ein einziges Mandat gesichert. Die nationale Hoffnung heftet sich an die Namen Heinze (Dresden), von Liebert (Worna-Rochitz-Pegau), Jund (Leipzig), Giese (Döbeln), Gräfe (Wangen-Ramenz), Wagner (Freiberg) und Wehrmann (Eban). Ein schwerwichtiges Symptom für die Wandlung, die sich vollzogen, ist darin zu erblicken, daß selbst Kandidaten wie Jund (Leipzig) und Günther (Plauen), die bei der letzten Reichstagswahl mit großer Majorität siegen, jetzt erneut in Stichwahlen mit sozialdemokratischen Gegnern ringen müssen, und Dr. Streichmann, der Führer der Nationalliberalen in Sachsen, schon jetzt unterlegen ist.

Zur Stichwahl in Dresden-Alstadt.

Ein unerwartetes Resultat über die Wahl in Dresden liegt vor: Landgerichtsdirektor Dr. Heinze ist in die Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Gradnauer gekommen. Für alle nationalgesinnten Männer Dresdens bedeutet dieses Ergebnis eine schwere Enttäuschung. Mit großer Freude mußte man es bei Beginn des Wahlkampfes begrüßen, daß die rechtstehenden Parteien alle parteipolitischen Bedenken wegen der Kandidatur Dr. Heinzes in den Hintergrund stellten und getreu der alten Wahlparole: das Vaterland über die Partei, die nationalliberale Kandidatur gleich im ersten Wahlgange zu unterstützen beschloßen. Da auch der Freisinn für Dr. Heinze eintrat, so konnte man nach den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl wohl annehmen, daß der nationale Kandidat gleich im ersten Wahlgange siegen würde. Es ist anders gekommen; von den Wählern Erzbergers wird es abhängen, ob über Sachsens Hauptstadt das Banner der roten Internationale wehen soll, oder ob ein nationaler Mann unsere Residenz im Deutschen Reichstage vertreten wird.

Nach dem vorliegenden Wahlergebn hat Dr. Heinze 28140, Dr. Gradnauer 28057 und Erzberger 670 Stimmen erhalten. Im Jahre 1907 betrug die Zahl für Dr. Heinze in der Stichwahl 24889, für Dr. Gradnauer 20608, wäh-

rend Erzberger im ersten Wahlgange 589 Stimmen erhalten hatte. Damals stimmten die Konservativen mäßig in der Stichwahl geschlossen für Dr. Heinze, so daß dieser rund 5000 konservativ Stimmen erhielt. Das diesmalige Resultat weist also ein gewaltiges Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen auf, um etwa 2000 Stimmen, während für Dr. Heinze rund 1500 Stimmen weniger abgegeben worden sind. Auch die Zentrumstimmen weisen eine kleine Vermehrung auf. Die Wahlbeteiligung war eine äußerst rege; es wurden rund 1000 Stimmen mehr abgegeben als 1907, die dem Sozialdemokraten zugute gekommen sind. Das ist in der Tat ein betrübendes Resultat.

übrigen Nachrichten aus Sachsen.

soweit sie bisher vorliegen, zeigen daselbe Gesicht: ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. So müssen in Freiberg-Gainichen der Konservative Dr. Wagner und in Leipzig-Stadt der Nationalliberale Dr. Jund ihre Mandate in der Stichwahl gegen die sozialdemokratischen Kandidaten verteidigen. Es zeigen sich eben jetzt die Folgen der unfruchtigen Debatte, die sich aus Anlaß der Reichstagswahl entwickelte. Die Saat, die damals gesät worden ist, beginnt jetzt zu sprießen. Nicht zu verkennen ist, daß die Früchte nicht dem Liberalismus, sondern wiederum dem Radikalismus zugefallen sind. Mit Sicherheit werden von 23 sächsischen Wahlkreisen 15 von Sozialdemokraten vertreten sein, aber auch in den übrigen acht wird es der Anspannung aller nationalen Kräfte bedürfen, um das Schlagwort von dem „Roten Königreich“ nicht aufleben zu lassen. Wir fürchten, daß die letzten noch ausstehenden Resultate aus dem Reiche das trübe Bild nicht verbessern werden. Die Verzögerung ist zu weit getrieben worden, alles Mahnen der besonnenen Elemente war vergebens.

Noch ist aber die Möglichkeit vorhanden, die Sozialdemokratie wenigstens um einen Teil ihrer Erfolge zu berauben. Zahlreiche Stichwahlen stehen bevor, und da Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien hierbei in engere Wahl mit sozialdemokratischen Kandidaten kommen, so muß unbedingt ein Stichwahl-Abkommen aller bürgerlichen Parteien zuhause kommen. Jetzt gilt es, dem neuen Reichstage eine nationale Mehrheit zu sichern. Hier müssen alle parteipolitischen Erwägungen schweigen, es geht zu viel auf dem Spiel. Das gilt besonders für unseren Wahlkreis Dresden-Alstadt. Das Zentrum hat in vielen Fragen eine nationale Haltung gezeigt, jetzt müssen seine Anhänger in Dresden beweisen, daß auch ihnen das Wohl des Vaterlandes mehr gilt als irgendwelche Parteirücksichten. Die Katholiken Dresdens können unmöglich wollen, daß das Schloß unseres geliebten Königs umbrannt wird von einer roten Flut, daß unserm engeren Vaterland wieder der Mafel des „roten Königreichs“ anhafte. Darum alle Mann an Bord, die Schlacht war unentschieden, der Entscheidungskampf steht noch bevor. Als vor fünf Jahren eine große Volksmenge dem Kaiser huldigte, sprach dieser auf dem Altan seines Schlosses die Worte des alten Kottwitz im „Prinzen von Homburg“:

Was kümmert dich, ich bitte dich, die Heer,
nach der der Feind sich schlägt; wenn er nur nieder
vor dir mit allen seinen Fahnen sinkt.
Das sei unsere Parole am Stichwahltag!

Die neue Militärvorlage.

Nach den Mitteilungen einer Korrespondenz, die von einem hin und wieder halbamtlich benutzten Blatte bekräftigt worden sind, wird sich der neue Reichstag mit einer Militärvorlage zu befassen haben, die über den Rahmen der üblichen Quinquennatsvorlagen erheblich hinausgeht. Wenn diese Vorlage dem neuen Reichstage zugehen wird, steht heute sicher noch nicht fest, man möchte aber hoffen, daß dieser Termin nicht zu weit hinausgeschoben wird. Eine Entscheidung wird wohl erst getroffen werden, wenn die endgültigen Ergebnisse der Wahl vorliegen. Es ist noch nicht möglich, heute schon über die einzelnen Punkte der Vorlage ein Urteil zu fällen, da eine amtliche Wiedergabe der Novelle noch nicht vorliegt. Wohl aber möchten wir schon heute auf den angeblichen „Hauptgrundtag“ des Gesetzes hinweisen, daß nämlich an der im Vorjahre festgelegten

Friedenspräsenzstärke bis zum 31. März 1916 festgehalten werden soll.

Wir haben bereits aus Anlaß des letzten Quinquennats ausführlich dargelegt, daß wir die in dem Gesetz vorgesehene Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um 111000 Mann für völlig unzureichend halten. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches wird im Jahre 1916 etwa 69 bis 70 Millionen Seelen betragen, die Armee wird dagegen einschließlich Unteroffiziere und Spitzelente knapp 600000 Mann zählen. Die Gesamtstärke der Armee soll aber 697 v. H. der Gesamtbevölkerung betragen, demnach müßte unsere Armee schon jetzt rund 600000 Mann zählen, in vier Jahren wird der Anfall naturgemäß entsprechend größer sein. Dieser Widerspruch gegen die Bestimmungen der Verfassung angesichts der allgemeinen Ueberzeugung, daß Deutschland stärker gerüstet sein muß, kann nicht wörtlich bleiben.

Daß Frankreich eine numerisch gleich starke Armee unterhält, obwohl es 25 Millionen Einwohner weniger hat als Deutschland, ist ja bekannt. Es ist nun fieberlich zweifellos, daß unter den französischen Soldaten sehr viele sind, die militärisch nicht vollwertig sein können. Unter Menschenmaterial ist dem französischen unendlich überlegen. Wir müssen aber mit einem Kriege nach zwei Fronten rechnen, wir brauchen daher auch eine numerisch stärkere Armee als Frankreich, und wir können unter Heer ganz bequem um 100000 Mann vermehren, ohne von unseren sehr rigorosen Anforderungen an die körperliche Beschaffenheit der Rekruten abgehen zu brauchen. Die Verärgerung der Friedenspräsenzstärke ist aber auch aus einem anderen Grunde dringend notwendig. Dadurch, daß alljährlich viele tausend gesunde junge Männer dem Heeresdienst fernbleiben, wird das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht durchbrochen. Damit ist die zweite Gefahr verbunden, daß eine solche Wehrpflicht mehr und mehr als Vorzug angesehen wird, während die Ausübung der Wehrpflicht in der Tat ein solches Vorrecht des Soldaten vor dem körperlich Schwächeren ist. Die Wehrhaftigkeit des Volkes muß darunter leiden, wenn ein großer Teil Wehrpflichtiger dieser Pflicht nicht zu genügen braucht. Zugleich hängt damit der andere Liebelhand zusammen, daß im Kriegsfalle zahlreiche Familienhäupter ins Feld ziehen müssen, während unverheiratete junge Leute zu Hause bleiben können. Wir nähern uns damit den Zuständen, die in Preußen zu dem Konflikt zwischen Krone und Landtag geführt haben.

Die angeblich geplante Herabsetzung des Stets der Truppeneinheiten für die Reformen scheint uns ein geradezu verhängnisvoller Plan zu sein. Gerade das Beispiel Frankreichs, wo die Kompagnien oft so schwach sind, daß sie nicht manövrierefähig sind, sollte abwardend wirken. Wir wollen annehmen, daß die Reduktion nicht zutrifft. Soviel steht jedenfalls fest: jede Militärvorlage ist unvollkommen, die keine derartige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke bringt, daß das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht in der Tat durchgeführt wird.

Neueste Drahtmeldungen

vom 12. Januar.

Die Wahlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Anlaßlich der Reichstagswahlen hatte der Kaiser befohlen, ihn ständig über den Wahlgang auf dem laufenden zu erhalten. Der Kaiser will nicht nur über das Endergebnis unterrichtet werden, sondern er wünscht, daß ihm mehrmals am Tage, etwa alle zwei Stunden, über den Verlauf Bericht erhaltet wird. Aus diesem Anlaß ist ein besonderer Dienst eingerichtet worden, ähnlich wie er während wichtiger Parlamentsverhandlungen besteht.

Berlin. Bei klarem Frohwetter vollzog sich in der Reichshauptstadt und auch im ganzen Reiche das Wahlgeschäft bis jetzt ohne Störung. Die Beteiligung war, soweit Meldungen vorliegen, sehr lebhaft. Charakteristisch für die diesmaligen Wahlen ist, daß sich vielfach auch die Frauen am Wahlkampfe auf das rege beteiligten. In Hamburg demonstrierten sie sogar mit Plakaten für das Frauenstimmrecht. Da das klare Frohwetter auch in den Abendstunden anhält, so ist die Beschickung der Wahllokale durch die Wählerinnen nicht gefährdet und daher in Waide zu erwarten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ähnlich wie dem Staatssekretär des Reichskolonialamts soll erasing es dem sächsischen Gesandten Freiherrn v. Salza und Lichtenau. Er mußte aus dem Wahllokale bei Zechen unverrichteter Sache wieder umkehren, weil er noch nicht in der Wahlstunde stand.

COGNAC MEUKOW
wird an vielen fürstlichen Höfen getrunken.